

# Ärger mit der AfD

Der journalistische Umgang mit einer Partei, die Medien als Feind sieht, fällt schwer

Von Thomas Mrazek

Die AfD wird bei der Wahl am 14. Oktober sehr wahrscheinlich in den Bayerischen Landtag einziehen. Das Verhältnis zwischen der Partei und Journalisten ist indes angespannt. Diese ungute Stimmung bekommen Journalisten in Bayern immer wieder zu spüren. Bereits im *BJVreport* 3/2017 berichteten wir über Übergriffe und Präsenz Rechtsextremer bei AfD-Veranstaltungen. Bei AfD-Anhängern sind Medien regelrecht verpönt: „Wie sehr vertrauen Sie Medien?“, fragte das Meinungsforschungsinstitut Civey im Mai – über 90 Prozent antworteten mit „relativ schwach“ bis „gar nicht“.

## Haus- und Fotografierverbot

Ganz im Sinne ihrer Parteifreunde muss wohl das Mitte Mai via Facebook verkündete Hausverbot des AfD-Kreisverbands Erding gegen die Landkreisausgabe der *Süddeutschen Zeitung* gewesen sein. Der Kreisvorsitzende Wolfgang Kellermann warf den Journalisten unter anderem „hetzerische Denunzierung und Diffamierung“ bei der Berichterstattung über seine Partei vor. Zum Haus- und Fotografierverbot kam hinzu: Für die *SZ* stünden zukünftig weder er noch andere AfD-Funktionäre im Landkreis für Fragen bereit.

Noch am selben Samstag erklärte sich der Mitbewerber der Erdinger *SZ* solidarisch, der Redaktionsleiter des *Erdinger/Dorfener Anzeigers*, Hans Moritz, teilte auf der Website seiner Zeitung mit: „Wir beziehen das Verbot auch auf uns. Das heißt: Wir werden ab sofort keine AfD-Veranstaltungen mehr besuchen und nicht mehr über diese berichten.“ Am Ende seines Artikels stellte er noch klar: „Natürlich werden wir weiter über die AfD berichten. Wir werden noch genauer hinschauen und -hören, welche Inhalte sie absondert. Wir werden nicht schweigen, wenn die AfD weitere Grundrechte einschränken will.“ Der BJV-Vorsitzende Michael Busch lobte: „Ich hoffe, dass diese Aktion Nachahmer findet.“ *SZ*-Gerichtsreporterin Annette Ramelsberger kommentierte: „Danke für diese Haltung.“

Wenige Tage später wies das Landratsamt Erding die AfD darauf hin, dass die Aussper-

rung rechtswidrig sei. Über diese positive Reaktion der Behörde wunderte sich Antonia Steiger, Redaktionsleiterin der *SZ* in Erding. Sie berichtet, dass es in der Folgezeit keine weiteren Probleme mit der Partei gab und dass man künftig „mit noch wacherem Auge“ auf sie schaue.

Auch Hans Moritz geht gelassen mit der Berichterstattung über die rechte Partei um, er möchte sie journalistisch über die „fachliche, inhaltliche Ebene konfrontieren“. Moritz rät Kollegen, die etwa auf AfD-Facebook-Seiten von Parteifunktionären und Sympathisanten kritisiert werden, sich dort nicht zu äußern – denn die Partei sei hier sehr gut aufgestellt und die Nutzer dort seien Argumenten von Medienvertretern ohnehin nicht zugänglich. Für bemerkenswert hält er auch die von der Partei gesteuerten Leserbrief-Kampagnen, mit denen AfD-Anhänger häufig versuchten, konzentriert in der Zeitung Stimmung für ihre Sache zu machen.

Beim AfD-Parteitag in Augsburg gab es für Journalisten keinerlei Probleme, berichtet Michael Stifter, Ressortleiter Politik der *Augsburger Allgemeinen*. Einige Medienvertreter erhielten wegen des angeblich „begrenzten Raums“ keine Akkreditierung. „Abgesehen von der üblichen Medienschelte in den Reden der AfD-Vorsitzenden, konnten wir ganz normal unsere Arbeit machen“, resümiert Stifter. Natürlich sei der Umgang mit der AfD „etwas komplizierter, weil sie kritische Medien explizit als Gegner betrachtet“.

Seine Zeitung habe überwiegend positive Rückmeldungen für ihre mehrtägige und multimediale Berichterstattung (*siehe auch Netz-Szene*, S. 5) bekommen, sagt Stifter. Er versuche bei AfD-Texten möglichst alle Nutzernachrichten zu beantworten: „Und oft stelle ich fest, dass verärgerte Leser einen oder zwei Gänge zurückschalten, wenn sie ernst genommen werden.“ Wie er mit AfD-Provokationen umgeht? „Ich denke, alle Journalisten haben in den vergangenen Jahren gelernt, nicht mehr auf jede Provokation zu reagieren – oder besser zu überreagieren. Aber das mit dem Stöckchen darf auch keine Ausrede sein,

rhetorische Brandstiftung laufen zu lassen. Es gibt Worte, die dürfen nicht unwidersprochen bleiben“, sagt Stifter.

Nicht unwidersprochen ließ im Juli der Chefredakteur des Münchner *Handwerk Magazin*, Olaf Deininger, einen auf Facebook veröffentlichten Leserbrief der sächsischen AfD-Stadträtin Romy Penz. Die Politikerin monierte, dass eine „religiös bekopftuchte Frau“ auf dem Titelbild der Zeitschrift „frauenverachtend und diskriminierend“ sei. „Solche Äußerungen darf man mittlerweile nicht mehr unkommentiert lassen und muss sich dagegenstellen“, erklärte Deininger in einem ausführlichen offenen Brief.

## Keine Einzelfälle

Die aufgeführten Vorgänge sind freilich keine außergewöhnlichen Einzelfälle, in diesem Jahr wurde schon über Dutzende weitere Schwierigkeiten zwischen Journalisten und der AfD berichtet: Ob der Ausschluss von Journalisten bei Parteitag, Angriffe auf Berichterstatte; ein AfD-Bürgermeister, der gegenüber der Presse schweigt, oder die Wunschvorstellung der Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, dass „die Deutschen irgendwann AfD und nicht *ARD* schauen“.

### Linksammlung zum Thema

Wie mit der AfD umgehen? Das Thema bewegt derzeit zahlreiche Journalisten. Durchaus erwähnenswert: besonders gelungene Interviews mit AfD-Politikern, die von Kollegen hervorgehoben wurden; Debatten rund ums sogenannte Framing; oder auch das persönliche politische Engagement von Journalisten. Bemerkenswert sind auch das Rechercheprojekt „Netzwerk AfD“ der *taz* über die 300 Mitarbeiter der AfD im Bundestag oder die derzeit in der Überarbeitung befindliche – eher selbstkritische – Studie „AfD und Medien ...“ von Bernd Gäbler.

Links zu all diesen Beiträgen und mehr unter [bjvlink.de/afd2018](http://bjvlink.de/afd2018).